

**Bundesministerium für Umwelt,
Jugend und Familie**

Der Leiter der Sektion IV

Sektionschef
DR. JOSEF FINDER

23/SN-282/ME
A-1010 Wien
Franz-Josefs-Kai 51
Telefon: 53 475/*
Klappe: 227
Sachbearbeiter:

36 5200/1-IV/6/90

An das
Präsidium des
Nationalrates

Parlament
1010 W i e n
=====

Schriftl. Gesetzesentwurf	
7.	Ge. 9. 90
Datum:	7. MRZ. 1990
Verteilt:	7. März 1990

Dr. O. Zöbinger

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979
geändert wird (BDG-Novelle 1990)

Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie beehrt sich,
25 Ausfertigungen der Stellungnahme zum bezeichneten Gesetzesentwurf
zu übermitteln.

28. Feber 1990
Für den Bundesminister:
FINDER

Beilagen

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Lehner

**Bundesministerium für Umwelt,
Jugend und Familie**

Der Leiter der Sektion IV

Sektionschef
DR. JOSEF FINDER

36 5200/1-IV/6/90

An das
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2
1014 W i e n
=====

A-1010 Wien
Franz-Josefs-Kai 51
Telefon: 53 475/*
Klappe: 227
Sachbearbeiter:

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979
geändert wird (BDG-Novelle 1990)

Bezug: GZ 920.196/1-II/A/6/90

Zu dem im Betreff bezeichneten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 geändert wird, äußert sich das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie in folgender Weise:

1.

Zu Art.I z 1 - § 75 BDG

Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie begrüßt

- a) die generelle Freigabe der Gewährung von Karenzurlauben gemäß § 75 BDG bis zu einer Gesamtdauer von 5 Jahren und
- b) insbesondere, aber die noch weitreichendere Freigabe von Karenzurlauben für die Betreuung von Kindern bis zu deren Schulpflicht, die auf vorgenannte Gesamtdauer nicht anzurechnen ist und somit der (die) Beamte(in) diese Möglichkeit für jedes Kind voll ausschöpfen kann.

- 2 -

Im Zusammenhang damit vermißt das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie eine, beim Bundeskanzleramt bereits vor längerer Zeit angeregte Regelung, die auch - analog zum § 18 a ASVG - für Beamte(innen) die Möglichkeit schafft, daß Zeiten der Pflege behinderter Kinder in der Pensionsversicherung wirksam werden.

Vorgeschlagen wird ein Rechtsanspruch auf Karenzurlaub für die Dauer der Pflege eines behinderten Kindes bis zu dessen 27. (bzw. 30.) Lebensjahr) und die beitragsfreie Anerkennung dieser Zeit als ruhegenüßfähige Dienstzeit.

Eine entsprechende Regelung (§ 75 a BDG) könnte lauten:

(Abs.1) Dem (der) Beamten(in) ist auf sein (ihr) Ansuchen ein Urlaub unter Entfall der Bezüge zu gewähren, wenn er (sie) sich der Pflege eines im gemeinsamen Haushalt lebenden behinderten Kindes, für das erhöhte Familienbeihilfe im Sinn des § 8 Abs.4 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl.Nr.376, gewährt wird, widmet und dessen (deren) Arbeitskraft aus diesem Grund gänzlich beansprucht wird (Abs.2), solange er (sie) während dieses Zeitraumes seinen (ihren) Wohnsitz im Inland hat, längstens jedoch bis zur Vollendung des 27. (bzw. 30.) Lebensjahres des Kindes. Der gemeinsame Haushalt besteht weiter, wenn sich das behinderte Kind nur zeitweilig wegen Heilbehandlung außerhalb der Hausgemeinschaft aufhält.

(Abs.2) Eine gänzliche Beanspruchung der Arbeitskraft im Sinne des Abs.1 liegt vor, solange das behinderte Kind

1. das Alter für den Beginn der allgemeinen Schulpflicht (§ 2 des Schulpflichtgesetzes 1985, BGBl.Nr.76/1985) noch nicht erreicht hat und ständiger persönlicher Hilfe und Wartung bedarf,
2. während der Dauer der allgemeinen Schulpflicht wegen Schulunfähigkeit (§ 15 des Schulpflichtgesetzes 1985) entweder von der allgemeinen Schulpflicht befreit ist oder ständiger persönlicher Hilfe und Wartung bedarf,

- 3 -

3. nach Vollendung der allgemeinen Schulpflicht und vor Vollendung des 27. (30.) Lebensjahres dauernd bettlägrig ist oder ständiger persönlicher Hilfe und Wartung bedarf.

(Abs.3) Die Zeit des Karenzurlaubes zur Pflege eines behinderten Kindes ist als ruhegenußfähige Bundesdienstzeit zu berücksichtigen, für die der (die) Beamte keine Pensionsbeiträge einzuzahlen hat.

(Abs.4) Die Anerkennung als ruhegenußfähige Dienstzeit endet mit dem Ende des Kalendermonates,

1. in dem die erhöhte Familienbeihilfe oder eine sonstige Voraussetzung (Abs.1) weggefallen ist,
2. in dem der (die) Beamte seinen (ihren) Austritt erklärt hat.

Abschließend wird darauf verwiesen, daß dem Präsidenten des Nationalrates 25 Exemplare dieser Stellungnahme übermittelt worden sind.

28. Feber 1990

Für den Bundesminister:

FINDER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

